

Die Lohnbewegung der Arbeiter der Hauptwerkstätte der Wiener Straßenbahn.

Die Arbeiter der Straßenbahnhauptwerkstätte haben vor vier Wochen von der Direktion die fünfzigprozentige Erhöhung ihres Lohnes und die Wiedereinführung der neunstündigen Arbeitszeit gefordert, außerdem noch eine einmalige Geldauschüttung in der dreifachen Höhe des bisherigen monatlichen Arzteszulages sowie das Kontrollrecht über die Warenabgabe in den Lebensmittelmagazinen der Straßenbahn. Die Forderung nach Lohnerhöhung bedarf wohl keiner besonderen Begründung. Was die Wiedereinführung der vor dem Kriege bestandenen neunstündigen Arbeitszeit betrifft, so sind die Arbeiter infolge der unzureichenden Ernährung nicht mehr in der Lage, weiterhin täglich elf Stunden zu arbeiten. Ueber die sonstigen im Betrieb bestehenden Mängel, unter denen die Arbeiter im sanitären Hinsicht besonders schwer zu leiden haben, ist bereits berichtet worden.

Am Freitag hat nun die Betriebsleitung den Vertrauensmännern die Antwort auf die Forderungen erteilt und am vorigen Samstag hat eine überaus stark besuchte Betriebsversammlung in Hofab's Saal stattgefunden, um zu dieser Antwort Stellung zu nehmen. Der Vertrauensmann Bögl erberichtete, daß der Herr Oberinspektor den Vertrauensmännern eröffnet habe, daß das überreichte Memorandum an den Bürgermeister weitergeleitet wurde. Es dürfte vom Stadtrat in der nächsten Sitzung erledigt werden. Eine Erhöhung des Lohnes sei aber unmöglich; ebenso auch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Bezüglich der einmaligen Geldauschüttung könne er den Vertrauensmännern gleichfalls keine feste Zusage geben, wenn solche gewährt werden können. Schließlich habe der Oberinspektor zu verstehen gegeben, daß der verlangte Fünfzigprozentzuschlag eventuell bei Fortzahlung des bisherigen Lohnes als Prämie eingeführt werden könnte, wenn sich die Arbeiter verpflichten, das bisher geleistete Pensum auch in der kürzeren Arbeitszeit zu leisten. Schon während des Berichtes des Vertrauensmannes gabeln die Arbeiter durch laute und drastische Zwischenrufe ihrem Unwillen über die hinsichtlich des Lohnes sehr deutlich Ausdruck. Am heftigsten wurde aber dieser Unwille, als der Vorschlag der Betriebsleitung zur Sprache kam. Der Sekretär des Transportarbeiterverbandes Weigl führte aus, daß der Unwille über die Verschleppungsversuche der Direktion voll und ganz begrifflich ist. Die Arbeiter haben nicht aus purem Neid ihre Forderungen gestellt, sondern weil sie von der Not dazu getrieben werden. Sie hätten daher jetzt, nachdem nun vier Wochen seitdem verstrichen sind, mit vollem Rechte eine entsprechende Erledigung ihrer Forderungen erwartet. Die Antwort aber, die auf die Forderungen gegeben worden ist, sei vollkommen ungenügend und der Unmut der Versammlung daher berechtigt. Doch wäre es verfehlt, sich in dieser Stimmung zu irgend welchen Handlungen hinreißen zu lassen, weil ja noch nicht alle Mittel erschöpft sind, um die Forderungen durchzusetzen. Er schlage deshalb der Versammlung vor, das Präsidium des Transportarbeiterverbandes zu beantragen, zusammen mit dem Gemeinderat Sekretär beim Bürgermeister zu intervenieren und ihm den Ernst der Lage auseinanderzusetzen. Arbeiter Jan bezeichnete die Antwort als in jeder Hinsicht ungenügend. Im gleichen Sinne wie Weigl sprach sodann noch der Obmann des Transportarbeiterverbandes Abgeordneter Fortner. Der ablehnenden und verschleppenden Antwort müsse mit Ruhe und zielbewusster Arbeit begegnet werden. Ehe der letzte Schritt getan werden soll, müssen alle anderen Mittel angewendet werden. Vorerst aber sei es notwendig, daß dem Bürgermeister der Ernst der Lage mit aller Offenheit vor Augen geführt werde. Verhalte sich auch dieser ablehnend, dann werde er auch für das, was dann später kommen dürfte, die Verantwortung zu tragen haben. Vom Vorsitzenden wird dann folgende Resolution verlesen und von der

Versammlung einstimmig angenommen: „Die Versammlung spricht ihrem ersten Unwillen aus über die vollkommen ungenügende Antwort auf die überreichten Forderungen und ersucht das Präsidium des Handels- und Transportarbeiterverbandes, daß dieses in den allernächsten Tagen beim Bürgermeister intervenieren und sich für eine möglichst rasche und befriedigende Erledigung der Forderungen einsetzen möge.“ Hierauf wurden noch einige Betriebsangelegenheiten besprochen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.